



Interviews

Datum: 14. Juli 2023

Cornelia Weigand, Landrätin Ahrweiler, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Vor zwei Jahren, als das Ahrtal von der Flut überrascht wurde, war Cornelia Weigand im wahrsten Sinne des Wortes mitten drin – als Betroffene und als Bürgermeisterin der Gemeinde Altenahr. Sie schlug damals Alarm, doch drang nicht durch, bis es für viele zu spät war. Wenige Monate später ist die parteilose Politikerin zur Landrätin des Kreises Ahrweiler gewählt worden. Ihre wichtigste Aufgabe: Der Wiederaufbau der immer noch in großen Teilen zerstörten Region – eine Aufgabe, den die passionierte Läuferin mit einem Marathon verglichen hat. Jetzt ist sie am Telefon. – Guten Morgen, Frau Weigand.

Cornelia Weigand: Guten Morgen, Herr May!

May: „Wir stehen bei Kilometer drei von 42“, haben Sie ein Jahr nach der Katastrophe gesagt. Jetzt sind auf den Tag zwei Jahre vergangen. Wo stehen Sie jetzt?

Weigand: Ich habe zwischendrin mal gesagt, ich glaube, es ist kein Marathon, es ist ein Ultra. Wir sind schon ein bisschen weiter. Vielleicht sind wir langsam bei der 20 Kilometer Marke, haben gute Verpflegungsstellen, aber der Weg ist wirklich noch lang und das merken wir auch.

May: Okay. – Sind Sie davon selber überrascht? Läuft es schleppender, als Sie gedacht haben?

Weigand: Ein klares Jein. Ich glaube, wir waren alle willens, dass es schnell gehen muss, und nach und nach zeigt sich auch immer mehr das Ausmaß, und das ist die größte Baustelle Deutschlands. Das kann nicht in der Geschwindigkeit gehen. Nichts desto trotz würden wir es uns wünschen, dass es schnell geht, und es ist sehr kraftraubend für alle Beteiligten, weil es ein langer Atem ist und ein langer Weg ist.

May: Okay. – Woran liegt es denn, dass es länger dauert? Einmal am Ausmaß, aber dann ist auch noch die Frage, scheitert es möglicherweise an selbstverschuldeten Problemstellungen, an der Bürokratie oder möglicherweise am Geld?

Weigand: Es ist, glaube ich, eine ganz, ganz große Mischung. Auch wir haben massiv Handwerkerangel, Lieferprobleme. Wir brauchen viele Planerinnen und Planer, all das. Was aber auch dazukommt ist das Thema, dass wir keinen Eins-zu-eins-Wiederaufbau haben wollen, sondern nachhaltig, resilient, zukunftsgerichtet aufbauen wollen und auch generationengerecht. Wir müssen das Thema Klimaschutz, CO₂-Einsparung mitdenken, wir müssen aber auch die Klimawandel-Anpassung mit durchführen. Wir sehen, dass sich gesellschaftliche Strukturen verändern. Digitalisierung steht an, eine andere Mobilität steht an, andere Wohnformen stehen an, die medizinische Landschaft versorgt sich. All das wollen wir

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

mitdenken. Und vor allen Dingen: Was uns auch sehr wichtig ist, ist das Thema Hochwasservorsorge. Da müssen wir einerseits ganz normal eine, ich sage mal, Gewässerwiederherstellung machen. Wie sieht das Gewässer selber aus? Wo sind die Ufer? Das bedeutet, das hat Einfluss auf die Ökologie des Gewässers, aber vor allem auch auf Wasserrückhalt. Und wir wollen – und da sind wir die ersten bundesweit – auch diese 900 Quadratkilometer Einzugsgebiet der Ahr komplett überplanen, um wirklich Hochwasservorsorge und Hochwasserschutz in der ganzen Fläche realisieren zu können und damit auch einen größtmöglichen Schutz zu bekommen. Das braucht Zeit und da kommt dann vielleicht auch mal das Thema Geld mit rein. Wir haben diesen wunderbar gefüllten Aufbauhilfe-Fonds und das ist ein Zeichen der Solidarität, für das wir wirklich sehr, sehr dankbar sind. Im Moment wird der sehr restriktiv ausgelegt für einen fast Eins-zu-eins-Wiederaufbau. Im Privaten gerade darf man zeitgemäß und hochwasserangepasst, aber nicht die großen Umbrüche, die wir brauchen. Wir gehen davon aus: Wenn der weitreichender ausgelegt wird, dann haben wir die Chance, ohne mehr Geld zu investieren wirklich in die Zukunft unserer Region zu investieren, und das ist wichtig für uns.

May: Okay. Da sprechen Sie direkt einen Punkt an, den ich hier auch auf dem Zettel habe. Das sagen ja genau Experten immer, dass der Fehler dieses Wiederaufbau-Fonds schon in diesem Wort begründet ist: Wiederaufbau. Es wird genauso wie Sie sagen vieles wieder so aufgebaut, weil das der Fond so vorgibt. Sie brauchen da mehr Flexibilität, sagen Sie?

Weigand: Wir brauchen da deutlich mehr Flexibilität. Es gibt andere Fördertöpfe, aber die Kombination ist schwierig. Es bleibt ein Delta und es ist langwierig, langwierig in der Planung. Der heißt ja auch eigentlich Aufbauhilfe-Fonds. Wenn man den so auslegen würde wie er heißt, deutlich weiter, dann kämen wir da, glaube ich, sehr viel schneller voran.

Wir haben mit der Verlängerung der Antragsfrist um drei Jahre auf 30. 06. 2026 Zeit gewonnen für diese Planung und wir kämpfen darum, dass wir hoffentlich auch die Möglichkeiten bekommen.

May: Das ist ja eigentlich total plausibel. Das müsste eigentlich jedem begreifbar zu machen sein. Kommt das nicht an bei der Politik, bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung?

Weigand: Ich glaube, die Idee ist, dass auch der Bund und die Bundesländer die Idee hatten, das restriktiv auszulegen. Ich glaube, die Angst ist, dass es eine Luxussanierung geben könnte. Das ist überhaupt nicht unser Ziel. Aber wir möchten dort, wo alte Einzelheizungen wegfallen, nicht neue Einzelheizungen, gegebenenfalls mit Flüssiggas einbauen in den kleinen Dörfern, sondern Nahwärmenetze entstehen lassen, und das ist eine andere Technik, und diese Netze zum Beispiel gab es vorher nicht. Oder wir möchten Städte, die vorher Fußgängerstraßen hatten, mit Bäumen bepflanzen, mit Rigolen, die dazugehören. Die gab es vorher nicht. Da hört man dann – und das ist teils vielhundertfach, diese Frage -, wir kämpfen in jedem Einzelprojekt, aber wir kämpfen im Ganzen darum, damit das leichter wird, weil sonst jedes dieser Projekte unglaubliche Planungshorizonte hat. Wir möchten Gebäude teilhabegerecht, barrierefrei wiederaufbauen. Wenn es vorher keine barrierefreie Rampe an bestimmten Gebäuden gab, dann wird die nicht mitfinanziert, weil es gab sie noch nicht. All so

etwas sind Beispiele, wo wir sagen, ist eigentlich selbstverständlich, ist zu verstehen. Bei Braunkohlerevieren, wo man Konversion betreibt, ist es normal, dass man in die Zukunft plant, und das möchten wir auch gerne machen. Das ist wichtig für unsere Region.

May: Sie haben jetzt schon den Hochwasserschutz angesprochen, der jetzt mitgeplant werden muss. Letztlich sind es aber nur 34 Häuser, die nicht mehr an Ort und Stelle gebaut werden dürfen, weil die Überflutungsgefahr zu groß ist. Reicht das, oder droht da unter Umständen nicht doch die nächste Katastrophe?

Weigand: Ob das reicht ist, glaube ich, schwer zu sagen. Der Großteil unserer Ortslagen liegt im Überschwemmungsgebiet. Das heißt, es gibt Auflagen für den Wiederaufbau. Leute, deren Haus noch steht, die haben eine bestehende Baugenehmigung. Die dürften sogar eins zu eins wiederaufbauen, wenn sie das denn wollten. All die, die einen neuen Bauantrag stellen müssen, müssen auch nachweisen, dass sie entsprechende Hochwasservorsorge am Objekt betreiben, und die allermeisten Menschen machen das schon aus eigener Sicherheit.

Anders herum muss man sehen: Wir haben 40.000 Betroffene gehabt, viele tausend Binnenflüchtlinge, und es gibt keine Baugebiete in einer solchen Größe, die Menschen woanders und gegebenenfalls sogar noch in der Nähe von ihrem Zuhause und ihren Arbeitsstätten, ihren Schulen wiederaufzunehmen. Das ist deren Grund und Boden und viele haben nicht viele Alternativen und insofern wird von allen Seiten, von den Bauherren selber und von der öffentlichen Hand mit Hochwasservorsorge geschaut, dass wir es möglichst sicher bekommen. Aber klar: Wichtig ist auch der Katastrophenschutz, dass doch im Falle des Falles die Menschen mit Leib und Leben gesund davonkommen und hoffentlich auch wenig Schäden an Hab und Gut entstehen, wenn es ein nächstes Hochwasser gibt. Wir leben am Fluss, wir lebten schon immer am Fluss; wir müssen nur mit ganz neuen Realitäten umgehen.

May: Jetzt wurde das Hochwasser-Vorsorgekonzept für das Ahrtal gerade in Auftrag gegeben. Bis Ende 2024 soll das fertig sein. Dann ist klar, wo welche Rückhaltefläche sein müsste, um das Ahrtal so sicher zu machen, wie es eben geht. Sie haben es ja gerade erklärt. Jetzt frage ich mich: Ist das nicht etwas spät? Baugenehmigungen müssen ja auch erteilt werden.

Weigand: Wir wären froh, wenn wir es schon hätten, aber das ist das erste Mal, dass ein komplettes Flusssystem in Deutschland über das ganze Einzugsgebiet überplant wird. Das ist sehr, sehr aufwendig, das braucht Zeit, und auch die Vergabeverfahren brauchen Zeit. Das war eine europaweite Ausschreibung. Und wir müssen mehrere Landkreise und zwei Bundesländer an den Tisch bekommen und auch das hat schon mal für den ersten Schritt sehr viel Zeit gebraucht. Das ist ein Spannungsfeld, was auch für mich nur schwer auszuhalten ist, aber so sind bei diesen Dimensionen leider die Realitäten. Das wissen wir auch aus anderen Gebieten, wo es größere Überschwemmungsereignisse gegeben hat und man danach auch noch einmal den Hochwasserschutz ganz neu planen musste.

May: Frau Weigand, wir haben nicht mehr viel Zeit, eine halbe Minute noch. Aber eine persönliche Frage habe ich noch. Die Solidarität vor zwei Jahren war riesengroß. Wie ist es jetzt, zwei Jahre später? Spüren Sie die Solidarität immer noch?

Weigand: Es hat sich verschoben. Wir hatten tausende und tausende von Menschen aus aller Herren Länder, die uns geholfen haben, Privatmenschen, Menschen aus der Blaulichtfamilie, aus dem sozialen Bereich, von überall her. Wir haben jetzt andere Menschen da und weniger, aber es sind immer auch noch ganz viele hier, die helfen, auch im Bereich gerade persönlicher Hilfsangebote, um Betroffene zu unterstützen, aber auch immer noch am Bau, und wir haben auch viele Kontakte, viel Unterstützung. Wir sind auch in Forschungsprojekte eingebunden, so dass wir auch hoffen, da Ergebnisse zu kriegen. Wir merken, dass wir nicht nur in den Herzen, sondern auch noch in den Händen der Menschen sind, die helfen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.